



Stuttgarter Prag-Grundschule: Emigration auf den Heile-Welt-Hügel

SCHULE

# Oma mit guter Adresse

Immer mehr Eltern mogeln ihre Kinder auf die „richtige“ Grundschule mit geringem Ausländeranteil. Die Behörden schauen meist weg: Sie haben Verständnis.

Solch eine Ausrede war der Rektorin der Stuttgarter Prag-Grundschule in 33 Berufsjahren noch nicht untergekommen. Der sechsjährige Sohn, schrieb ihr ein Elternpaar, leide unter Asthma, weshalb die gute Höhenluft auf dem benachbarten Killesberg für ihn sehr köstlich, die schlechte Luft auf dem Weg zur Pragschule dagegen unverträglich sei. Deswegen müssten sie ihr Kind in dem nobleren Schulbezirk zur Einschulung anmelden, auch wenn das Gesetz eigentlich etwas anderes vorschreibe.

Barbara Gramm, 62, vermutet für die elterliche Unlust an ihrer Schule einen anderen Grund: Der Ausländeranteil erreicht bei ihr 52 Prozent, an der Mühlbachhofschule auf dem Killesberg liegt er bei 7 Prozent – davon „wahrscheinlich die Hälfte Österreicher“. Die Erfahrung der Pädagogin Gramm machen auch Rektoren



Ministerin Schavan, Senatorin Stahmer: Keine Spitzel



andernorts: In den großen Städten mit einem spürbaren Sozialgefälle streben immer mehr Eltern zur „besseren“ Grundschule.

„Jeder, der Wert auf die Bildung seines Kindes legt, macht das heute so“, sagt Sanem Kleff, bei der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Ber-

lin zuständig für multikulturelle Angelegenheiten. In der Hauptstadt ist das Problem besonders kraß: Dort sind in manchen Schulbezirken mehr als 60 Prozent der Abc-Schützen „Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache“, ein Terminus des Senats für Ausländer, Aussiedler oder eingebürgerte Deutsche.

Eltern reagieren auf die Unfähigkeit der Politik, halbwegs vergleichbare Verhältnisse an den Eingangsschulen zu schaffen. Auf den Heile-Welt-Hügel in Stuttgart emigrierten 1997 gleich 14 I-Männchen, fast 20 Prozent des neuen Jahrgangs. In diesem Jahr waren es 8.

„Wir verlieren die Planungssicherheit“, sorgt sich der Leiter des Staatlichen Schulamts Stuttgart, Friedrich Weinmann. Tun kann er nichts. Zwar steht in den Schulgesetzen aller Bundesländer, daß die Schulpflichtigen grundsätzlich an der Wohnort-

schule antreten müssen – Ausnahmen gibt es nur bei „wichtigen Gründen“. Doch in der Praxis akzeptieren die Behörden als Sonderfall fast alles, nur nicht den wahren Grund, der die meisten Eltern bewegt: die Sorge, ihre Schützlinge könnten in Klassen mit einem hohen Ausländeranteil zu wenig lernen.

Auf der sicheren Seite sind etwa Väter und Mütter mit der Begründung, die Tagesmutter wohne in einem anderen Stadtteil, weder könne man dem Kind die Trennung zumuten noch der Ersatzmutter den weiten Weg zur Schule. An die Stelle der Tagesmutter tritt auch schon mal die Oma,

In der Mainzer Altstadt sind Felix Taufenbach, Rektor der begehrten katholischen Martinus-Grund- und Hauptschule, plötzliche religiöse Anwandlungen interessierter Eltern nicht fremd. Wegen überfüllter Klassen hatte Taufenbach in diesem Jahr von 105 Schulanfängern 53 ablehnen müssen. Deren Eltern wollten der staatlichen Erziehungsanstalt auf ganz legalem Wege entgehen, indem sie ihre Kinder an einer freien Schule anmeldeten. Für die gelten die Bezirksgrenzen nicht. Taufenbach führt die Beliebtheit seines Hauses auf die klaren Wertvorstellungen und ein engagiertes Lehrerkollegium zurück. Es gibt Eltern, die

lich Verständnis und verfolgen den Verstoß gegen die Grundschulordnung nur halbherzig. „Nur wer dumm ist, fällt auf“, sagt der Chef der Stuttgarter Schulaufsicht Weinmann. Man sei schließlich nicht die Polizei. Und sein Hamburger Kollege Rainer Schmitz pflichtet bei: „Wir wollen doch keine Bespitzelung.“

„Mancher meldet sein Kind mit ganz schlechtem Gewissen um“, glaubt Kleff von der GEW in Berlin. Gute Linke sind darunter, Menschen, die vor Jahren in einer Lichterkette gestanden haben; nur die allerwenigsten, glaubt Kleff, haben rassistische Motive.

die Tante oder wer sonst den richtigen Straßennamen zu bieten hat.

Andere Schulschleuser entwickeln zum Wohle ihrer Kinder noch mehr Phantasie: In Frankfurt am Main kam es kurz vor der Einschulung eines Mädchens im Süden der Stadt zu einem angeblichen Familiendrama. Der Vater trennte sich von seiner Frau, zog zu einer Freundin und nahm die Sechsjährige mit. Das ist zumindest die Version, die das Schulamt zu glauben hat. In Berlin kennt Rita Hermanns, Sprecherin von Schulsenatorin Ingrid Stahmer, das Phänomen der Umzüge, „die niemals ankommen“.

denken simpler: Die bischöfliche Schule gilt als besser ausgestattet als die staatlichen Grundschulen der Stadt, der Ausländeranteil ist nicht mal halb so hoch wie anderswo, und muslimische Schüler werden wegen weltanschaulicher Unvereinbarkeit erst gar nicht aufgenommen.

Manche Mutter ist sogar gewillt, ihr Kind zum Christen zu machen, wenn es denn hilft. Auf die Frage, ob das Kind getauft sei, bekommt Taufenbach schon mal zu hören, das sei kein Problem, das könne man gern noch erledigen lassen.

Vielerorts haben die Behörden für die Schul-Dissidenten zumindest klammheim-

Der Berliner Mieterberater Alisan Genç, ein eingebürgerter Türke, der an der Grenze zwischen Schöneberg und Kreuzberg wohnt, schickt seinen Sohn schon jetzt in Zehlendorf in den Kindergarten, damit der vierjährige Serkan in zwei Jahren Chancen auf einen Grundschulplatz in diesem Viertel hat. Hat es Serkan geschafft, ist auch der Weg für die kleinere Gizem frei – Geschwisterkinder werden bevorzugt. „Wir haben uns in diesem Land niedergelassen, wir legen Wert darauf, daß unsere Kinder richtig Deutsch lernen“, rechtfertigt sich Genç.

Im Berliner Wedding zählt die Schulbehörde unter den Erstkläßlern 62 Prozent

Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache; in Kreuzberg stellen sie nach Senatsangaben in 60 Prozent aller Schulklassen die Mehrheit, im Bezirk Tiergarten in 49 Prozent. Zwar sind viele von ihnen des Deutschen durchaus mächtig. Aber ein Drittel der rund 33 000 ausländischen Berliner Grundschüler, schätzt Senatorin Stahmer, spricht zu schlecht Deutsch, um dem Unterricht folgen zu können – und die Zahl derer wächst, für die die Lehrer den Stoff genauso gut in Esperanto oder auf MS-Dos vortragen könnten.

Noch stehen die Ergebnisse von Sprachtests an den Grundschulen im Wedding

► und türkische Milieus, in denen man „auch ohne Deutsch gut überleben kann“.

87,8 Millionen Mark hat der Senat allein im vergangenen Schuljahr für zusätzliche Förderstunden in den Schulen ausgegeben. Die Hoffnung, die dritte Generation werde so gut Deutsch wie Türkisch sprechen, hat sich trotzdem nicht erfüllt. Mancher Enkel könnte seinen Großvater als Übersetzer brauchen, um sich in seinem Geburtsland außerhalb „Klein-Istanbuls“ verständlich zu machen. Senatorin Stahmer teilt die Befürchtung von Eltern, daß ihr Nachwuchs in Klassen mit vielen fremd-

schickung mit dem Bus in andere Schulen lehnt sie allerdings aus pädagogischen Gründen ab.

Ohnehin wüßte keiner, woher das Geld dafür kommen sollte. Die Senatorin ist schon stolz auf 50 Stellen, die sie in diesem Jahr für die Förderklassen losgeeist hat.

Was Stahmer „einen vernünftigen Anfang“ nennt, halten Praktiker für völlig unzureichend. „Bei mir sind von den 50 Stellen 8 angekommen, das sind weniger, als mir in den vergangenen Jahren gestrichen worden sind“, beschwert sich Wolfgang Köpnick, Schulrat im Schulbezirk Wedding. Hinzu kommt, daß kaum ein Pädagoge für

aus. Offensichtlich ist aber, daß immer mehr ausländische Kinder, vor allem Türken, zu Hause kein Wort Deutsch lernen. Als Gründe nennt Stahmer-Sprecherin Hermanns

- die Arbeitslosigkeit von türkischen Müttern, die ihre Kinder selbst betreuen, statt sie in den deutschsprachigen Kindergärten zu schicken;
- die Vollversorgung mit türkischen Fernsehkanälen und Videos;
- die traditionelle Vorliebe für Ehefrauen aus der Heimat, die bei ihrer Ankunft in der Bundesrepublik nicht mal „Bahnhof“ verstehen;

sprachigen Kindern „zu geringe Bildungschancen“ habe.

Berlin will deshalb jetzt exekutieren, was schon seit Jahren in der Ausführungsvorschrift zum Schulgesetz steht, bisher allerdings nur auf dem Papier. Anders als etwa Nordrhein-Westfalen, Hamburg oder Baden-Württemberg, die vor allem auf zusätzliche Förderstunden setzen, plant die Hauptstadt, die Zahl der Schulanfänger mit Deutsch-Defiziten auf 25 Prozent je Klasse zu begrenzen. Dazu will Stahmer Förderklassen einrichten, notfalls sogar ganze Schulen in reine Nachhilfe-Paukstätten umwidmen lassen. Eine Kinderver-

Deutsch als Fremdsprache ausgebildet worden ist.

Für Baden-Württembergs Kultusministerin Annette Schavan sind das Berliner Verhältnisse. Im Musterlände, so Schavan zuversichtlich, haben deutschsprachige Kinder an allen Schulen „in weitem Umfang“ die gleichen Bildungschancen – dank Förderung fremdsprachiger Kinder.

Tatsächlich freut sich Barbara Gramm, Rektorin der Pragschule, über die unerwartete Aufstockung der Förderstunden im laufenden Schuljahr. Jede Klasse hat jetzt für Nachzügler eine ganze Nachhilfestunde zugewiesen bekommen – pro Woche. ◆